



Inhaltsverzeichnis

- 1 Kollegialitätsprinzip
- 3 Gemeinderat
- 6 Schulkommission (SK)
- 6 Gedanken am Rande
- 7 Friedhofkommission
- 8 Stiftungsrat Wollmatt
- 8 Umweltkommission
- 9 Spezialkommission Fusswege
- 10 Rechnung 2003
- 11 Grundsätze der FWD

Liebe Leserin, lieber Leser

Es freut uns, dass wir Ihnen unser Info-Blatt in einem neuen Kleid präsentieren können. Auch in der neuen Form geben wir uns Mühe, Sie über das Geschehen in der Gemeinde Dornach auf dem Laufenden zu halten. Es scheint uns wichtig, dass Sie auch Informationen erhalten, die etwas die Hintergründe beleuchten. In dieser Ausgabe gehen wir besonders auf die Fragen des Kollegialitätsprinzips im Gemeinderat und die Bearbeitung der Geschäfte und die Umsetzung der Beschlüsse ein. Wie Sie den nachfolgenden Artikeln entnehmen können, ist nicht alles zum Besten bestellt. Es tut Not, dass wir weiterhin achtsam bleiben und uns dafür einsetzen, dass gefasste Beschlüsse innert nützlicher Frist umgesetzt werden.

Sie können sich auch laufend über die Arbeit im Gemeinderat informieren. Wir publizieren auf unserer Website www.fwd-dornach.ch nach jeder Gemeinderatssitzung unter der Rubrik „aus dem Gmde-Rat“ den Text, den die Gemeindeschreiberin verfasst sowie die Kommentare unserer Gemeinderatsmitglieder. Sie können davon ausgehen, dass am Freitag nach einer Gemeinderatssitzung die Texte publiziert sind.

Wir wünschen Ihnen eine schöne Sommerzeit, erholsame Ferien und Spass bei der Lektüre unseres Info-Blattes.

KOLLEGIALITÄTSPRINZIP: MACHTDÄMPFER, ODER MAULKORB?

Ursula Kradolfer

Mitglieder einer Kollegialbehörde vertreten, so heisst es, gegen aussen ausschliesslich den Mehrheitsentscheid. Steigert diese Regelung die Leistungsfähigkeit der Behörde und dämmt sie die Macht einzelner ein, oder ist sie nur ein Maulkorb für Minderheiten, der jede Transparenz verhindert?

In der Gemeindeversammlung vom letzten Dezember (12.12.2003) wurde eine Motion behandelt, die Gemeindebeiträge für Schulen in freier Trägerschaft forderte. Der Gemeindepräsident beantragte der Versammlung namens des Gemeinderates, die Motion für nicht-erheblich zu erklären. Hans Hasler, selber Mitglied des Gemeinderates, forderte die Stimmberechtigten hingegen auf, die Motion für erheblich zu erklären. Das gab zu reden: dies sei ein Verstoss gegen das Kollegialitätsprinzip. Hat er das wirklich? Oder hat Hans Hasler sich nur einer gängigen Interpretation des Kollegialitätsprinzips widersetzt?

Das Kollegialitätsprinzip

Exekutiv-Organen der Schweiz wie Bundesrat und Regierungsräte, aber auch viele Gemeinde-Exekutiven sind dem Kollegialitätsprinzip ausdrücklich verpflichtet. Die

Formulierung lautet beispielsweise in der Bundesverfassung: „Der Bundesrat entscheidet als Kollegium“ (BV, Art. 177, Abs. 1). Der Kanton Solothurn formuliert im Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung (RVOG): „Der Regierungsrat trifft grundlegende und wichtige Entscheide im Kollegium“ (§1, Abs. 3). Die Gemeinde Dornach hat keine entsprechende Formel in ihrer Gemeindeordnung. Traditionellerweise übernimmt sie dann (ungeschrieben) die Regelung des Kantons.

Die althergebrachte Interpretation der zitierten Formulierungen lautet: Jedes Behörden-Mitglied muss den Mehrheitsentscheid nicht nur respektieren, sondern ist verpflichtet, seine eigene, möglicherweise abweichende Meinung zu verleugnen. So auch in Dornach. Von diesem ungeschriebenen Gesetz abzuweichen ist verpönt, „man“ macht das einfach nicht.

Birnen mit Äpfeln verglichen

Sowohl im Bundes- wie Regierungsrat ist jedes Mitglied zugleich Departementsvorsteher. Über wichtige Dinge wird gemeinsam entschieden (im Kollegium). Dadurch ist die Macht des einzelnen eingeschränkt. So kann es vorkommen, dass der Departementsvorsteher überstimmt wird. Das führt dazu, dass der Vorsteher öffentlich etwas vertreten und umsetzen muss, was nicht seinen eigenen Ansichten entspricht. Im Gemeinderat Dornach gilt das nur für den Gemeindepräsidenten. Er ist einerseits Mitglied des Gemeinderates mit einer Stimme und Stichentscheid-Kompetenz. Andererseits steht er der Gemeindeverwaltung vor und ist Sprecher des Gemeinderates. In dieser Funktion muss er die Beschlüsse des Gemeinderates vertreten und umsetzen, auch wenn der eine oder andere seiner persönlichen Meinung widerspricht. Die übrigen Gemeinderäte vertreten sich und ihre Parteien, im weiteren Sinne also das Volk.

Vertrauen statt Macht

Selbst im Bundesrat, der sich ganz stark als Kollegialitätsbehörde der strengen Lesart versteht, kommen Abweichungen vor. So äusserte sich Bundesrat Leuenberger einmal dahingehend, dass es durchaus möglich sei zu sagen, man vertrete den Beschluss des Bundesrates, sei aber selber anderer Meinung. In einem solchen Fall zeigt sich, wie ernst ein Behörden-Mitglied die politischen Regeln und seine Pflicht als Leiter eines Departementes nimmt. Die anderen Mitglieder der Behörde müssen dem Departementsvorsteher vertrauen können. Sie müssen überzeugt sein können, dass er den gemeinsamen Beschluss, so wie er gemeint war, umsetzt, obwohl er seiner persönlichen Meinung widerspricht. Hier zeigt sich die echte Loyalität, Kollegialität. Wird die Entscheidung wirklich

respektiert, oder versucht der überstimmt Vorsteher bei der Umsetzung zu blockieren, den Mehrheitsbeschluss zu unterlaufen? Intrigiert und verzögert er hinten herum, um quasi als Besserwisser nachher sagen zu können: „Seht ihr, ich hab gewusst, dass der Entscheid falsch ist.“

Interpretation für Mündige

Die Verpflichtung, Wichtiges im Kollegium zu entscheiden, kann auch dahingehend interpretiert werden, dass jeweils ein echter Konsens gefunden werden muss. Es muss dann so lange argumentiert werden, bis das Gremium zu einem einstimmigen Beschluss kommt. So kann es tatsächlich „mit einer Stimme“ sprechen. Sollte eine Einigung nicht möglich sein, so gilt der Mehrheitsentscheid. Objektiv gesehen gibt es keinen Grund, das Stimmenverhältnis nicht auch öffentlich zu machen.

Erwachsene, mündige Bürgerinnen und Bürger können sehr wohl mit der etwas komplexeren Situation umgehen, dass nicht alle Gemeinderäte gleicher Meinung sind. Wichtig ist, dass das ganze Kollegium bereit ist, sich dem Mehrheitsentscheid anschliessend zu beugen. Das heisst, es wird umgesetzt, was die Mehrheit entschieden hat.

Wird das Kollegialitätsprinzip hingegen benutzt, um eine kleine Opposition in der Mehrheit verschwinden zu lassen, ohne dass ihre Anliegen angemessen berücksichtigt werden, dann geht es nicht mehr um die besseren Argumente, sondern um Macht. Das Kollegialitätsprinzip wird in solchen Fällen dazu missbraucht, Minderheiten einen Maulkorb zu verpassen. Das verletzt die in der Verfassung garantierte Meinungsäusserungs-Freiheit.

Das Kollegialitätsprinzip in seiner traditionellen, strikten Form mag im Ancien Régime angemessen gewesen sein, als die Obrigkeit kraft ihrer Position die absolute Autorität war. Heute gehen wir jedoch von mündigen, gleichwertigen Bürgerinnen und Bürgern aus. Respekt vor den Meinungen und Persönlichkeiten der anderen und anders denkenden Mitgliedern der Behörde sind wichtige Voraussetzungen für eine funktionierende Zusammenarbeit, ohne die alte Lesart des Kollegialitätsprinzips. Unsere Regeln im demokratischen Prozess verlangen von den Behördenmitgliedern, dass sie einen demokratisch gefällten Mehrheitsentscheid respektieren. Was sie nicht verlangen können ist, dass sich anders Denkende verleugnen.

Was meinen Sie?

Jetzt haben Sie meine Gedanken und Ausführungen zum Kollegialitätsprinzip gelesen. Was meinen Sie dazu? Es würde mich sehr interessieren, Ihre Meinung zu erfahren (ursula.kradolfer@fwd-dornach.ch).

GEMEINDERAT



9 Mitglieder
FWD-Vertreter: Rosmarie Erath, Hans Hasler, Ursula Kradolfer

Hans Hasler, Rosmarie Erath, Ursula Kradolfer

Eindrücke aus dem Gemeinderat

Wir haben uns schon in früheren Beiträgen über den Frust ausgelassen, den einem die Gemeinderatsaufgabe vermitteln kann. Einer davon hängt mit dem Motto des vorliegenden Infoblattes zusammen: VERZÖGERN – VERSCHLEPPEN – VERHINDERN.

Dass es wie an anderer Stelle erwähnt über drei Monate braucht, um eine kleine Arbeitsgruppe zu bestimmen, zeigt ja deutlich, dass etwas, was einem nicht passt oder gegen das man ist, einfach durch Verzögerung einmal „behandelt“ wird. In anderen Fällen geht es nämlich blitzschnell. Und wie war das mit der Schulordnung, bei der es sechs Monate von der Abgabe durch die Schulkommission bis zur ersten Lesung im Gemeinderat ging?

Und dann gibt es die vielen Themen, die einmal angefangen werden und von denen man dann nichts mehr hört, auch nicht zum vereinbarten Termin, an dem wieder über den Stand der Dinge berichtet wer-

den sollte. Die Gemeinderats-Fraktion der FREIEN WÄHLER DORNACH hat sich in dieser Situation genötigt gefühlt, eine Zusammenstellung solch verzögerter und verschleppter Traktanden zu machen und um Information über diese Traktanden zu bitten. Und siehe da: auch diese Liste wurde verzögernd behandelt – sie kam nicht zur Kenntnis an die anderen Gemeinderatsmitglieder. Sie wurde nicht an der nächst folgenden Sitzung traktandiert. Bis Sie, verehrte Leserin und verehrter Leser, das Info-Blatt der FREIEN WÄHLER in der Hand haben, können wir nur hoffen, dass wir wenigstens wissen, in welchem Jahr der Zukunft die in der Liste erwähnten Dinge behandelt werden könnten.....

Verzögern birgt immer die Gefahr des Verschleppens mit sich, und das Verschleppen führt zu Verhinderung, weil der rechte Moment verpasst wird. Wie heisst es doch: wo zur rechten Zeit sich Menschen zusammentun, kann etwas geschehen! Wenn aber dieser rechte Zeitpunkt verfehlt wird, wenn Initiativen, wie zum Beispiel die Verbesserung der Fusswegsituation in Dornach durch Verzögern und Verschleppen müde gemacht werden – wie soll da etwas Schwungvolles, Enthusiasmus und Freude Erweckendes zustande kommen?

Meist ist es so, dass man bereits beim Behandeln eines Traktandums, das längerfristige Abklärungen und Beratungen braucht, merkt, ob es Verzögerungen geben wird oder nicht. Dann nämlich, wenn man spürt, wie sich gewisse Verantwortungsträger, von denen die weitere Behandlung abhängt, ihre Abneigung gegen eine Aufgabe auf ihrer Stirne ablesen lassen. So zum Beispiel im Falle der längst fälligen Überarbeitung der Ortsbildschutzzzone. Oder das Naturkonzept, das im Leitbild Dornach 1995 gefordert worden war und seither in ganz grossen Abständen in den Beratungen am Rande erwähnt wird.

Hans Hasler

Nach unseren angriffigen Artikeln in der letzten Info-Nummer und nachdem ich selber unmissverständlich an der Gemeindeversammlung vom Dezember eine Meinung vertrat, die nicht den Mehrheitsbeschlüssen des Gemeinderates folgte, bekommt man das Stichwort Solidarität innerhalb des Gemeinderates und die Frage zu hören, wie man es damit halte. Dazu kann ich nur folgendes sagen: Solange das Ressort-System nicht zum Tragen kommt, solange nicht damit jedes Ratsmitglied eingebunden in eine Teilverantwortung ist, ist der Gemeinderat auch keine Kollegialbehörde. Durch die völlig einseitige Verteilung der Verantwortungen zwischen Gemeindepräsident und gewöhnlichen Gemeinderäten hat der Gemeinderat, auch wenn er noch so klein ist, doch den Charakter einer parlamentarischen Volksvertretung und nicht einer Kollegialbehörde. Solange dies so ist, fühle ich mich bei aller Kollegialität im Miteinander-Diskutieren doch in gewissen Bereichen auch nicht verpflichtet, nach aussen die Meinung "des" Gemeinderates zu vertreten.

Zugegeben: manchmal liegen die Verzögerungen auch an Dritten. Da kann man niemandem in der Verwaltung oder der Leitung etwas in die Schuhe schieben – ausser dass man vielleicht fragen darf, wie konkret und wie energisch wird von für bestimmte Aufgaben beauftragten Firmen und Sachverständigen die Einhaltung von verabredeten Terminen eingefordert. Wenn man natürlich die mit anderen vereinbarten Termine gleich behandelt, wie die, die man selber zugesichert und nicht eingehalten hat, dann wird sich die Welt immer langsamer drehen.

Arbeitsgruppen des Gemeinderates

Arbeitsgruppe Altersleitbild

Hans Hasler, Präsident Arbeitsgruppe Altersleitbild

Nach dreijähriger Verzögerung nahm die neu gebildete Arbeitsgruppe die Umsetzung des Altersleitbildes in Angriff. Im Herbst wird ein Bericht darüber vorgelegt.

Im Februar 2000 genehmigte der Gemeinderat das von einer kompetenten Fachgruppe erarbeitete Altersleitbild für die Gemeinde Dornach und erklärte es behördenverbindlich. Seither sollte eine Arbeitsgruppe die Entwicklungen in diesem Gebiet laufend verfolgen und jedes Jahr dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit darüber Bericht erstatten, was verwirklicht werden konnte, was stecken blieb, wo neue Probleme auftauchen, etc.

Es ging aber fast drei Jahre, bis eine entsprechende Arbeitsgruppe eingesetzt wurde. Diese Arbeitsgruppe arbeitet nun seit Beginn des Jahres 2003 und wird im Laufe dieses Herbstes zum ersten Mal den im Altersleitbild vorgesehenen Bericht vorlegen. In diesem Zusammenhang wird sie die in Dornach in der Altersarbeit Tätigen zu einem Arbeitsnachmittag einladen, an dem am Thema "Vernetzung der Altersarbeit in Dornach" gearbeitet werden soll.

Arbeitsgruppe Motion Schulen in freier Trägerschaft

Hans Hasler, Präsident Arbeitsgruppe Motion Schulen in freier Trägerschaft

Mehr als drei Monate nach der Gemeindeversammlung wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die den Beschluss umsetzen soll.

In der Gemeindeversammlung vom Dezember 2003 wurde bekanntlich, unter Beteiligung von einer ausnehmend grossen Anzahl Stimmbürger, die von einer Elterngruppe eingebrachte Motion erheblich erklärt, die für Kinder im schulpflichtigen Alter Beiträge an die Schulen in freier Trägerschaft fordert. Damit sind natürlich in erster Linie die Rudolf Steiner-Schulen in

Dornach und Umgebung betroffen. Der Anteil von Kindern, die nicht in die staatliche Schulen gehen, ist in Dornach wohl am höchsten weit und breit, handelt es sich doch etwa um einen Drittel aller Kinder.

Nun dauerte es sage und schreibe über drei Monate, bis der Gemeinderat es fertig brachte, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die den Auftrag hat, die in der Motion gestellte Forderung zuhanden einer künftigen Gemeindeversammlung auszuarbeiten und zur Abstimmung vorzulegen. Von jeder Partei wurde je ein Gemeinderatsmitglied in diese Gruppe delegiert, ich wurde zum Präsidenten gewählt mit der Begründung, es sei doch sicher sinnvoll, dass der einzige aus der Arbeitsgruppe, der die Motion unterstütze, das Präsidium übernehme.....

Seither hat die Gruppe mehrmals getagt und wird voraussichtlich im September dem Gemeinderat den Entwurf eines Reglements vorlegen, das der Forderung der Motion entsprechen soll. Nach Behandlung im Gemeinderat wird dieses Reglement dann – wenn es irgendwie klappt im Dezember 2004 – erneut der Gemeindeversammlung vorgelegt. Ich kann und will an dieser Stelle nicht Einzelheiten aus der Arbeit vorwegnehmen. Ich weiss nur eines: die Auseinandersetzung um dieses Reglement, das immerhin für Eltern, deren Kind eine Schule in freier Trägerschaft besucht, eine Entlastung in der Höhe von Fr. 2000.-- pro Jahr und Kind mit sich bringt, sehr hart sein wird.

Arbeitsgruppe Feuerwehr

Hans Hasler, Mitglied der Arbeitsgruppe Feuerwehr

Die eingesetzte Arbeitsgruppe sollte ohne Verzögerung die Fragen klären, die bei der Vorlage der Soldliste 2003 aufgetaucht waren. Die Unklarheiten in Pflichtenheften und Reglementen sollen beseitigt werden.

Eine besondere Aufgabe ergab sich im März, als mit Verzögerung – was kann doch nicht alles verzögert werden – die Soldliste der Feuerwehr des letzten Jahres auf den Tisch des Gemeinderates kam und Fragen aufwarf. Flugs wurde eine Arbeitsgruppe, so etwas wie eine Untersuchungskommission gebildet mit nur drei Gemeinderäten, die mit besonderem Einsatz Licht und Dunkel bringen sollte. – Die Suppe wurde dann am Schluss doch nicht ganz so heiss gegessen, wie sie gekocht wurde. Mit Ausnahme der Tatsache, dass manche Verabredungen, Reglemente, Pflichtenhefte und dergleichen an Klarheit zu wünschen lassen und dadurch zu viel Spielraum für Interpretation zulassen und im Gefolge davon einige wenige Berechnungen bereinigt werden mussten, ergab sich nichts Besonde-

res. An dieser Klarheit muss aber weitergearbeitet werden – die eingesetzte Arbeitsgruppe wird sich zusammen mit einem Ausschuss des Feuerwehrekaders in den nächsten Monaten dieser Aufgabe widmen.

Fussgängerstreifen: Recht oder Risiko?



Ursula Kradolfer

Wie überquert man eine unübersichtliche Strasse sicherer: auf einem gut signalisierten Fussgängerstreifen, oder ohne?

Die Verkehrskommission hatte die Fussgängerstreifen in Dornach geprüft und schlug dem Gemeinderat nun Verbesserungen vor. Der eine sollte nachmarkiert werden, der andere besser beleuchtet, beim dritten sollte die Hecke in der Nähe geschnitten werden, etc. Die Verwaltung zog den Kanton bei. In der Folge wurde dem Gemeinderat mitgeteilt, dass einige Fussgängerstreifen nicht den massgebenden Normen entsprechen; sie müssen weg. Blitzartig sind sie das. Zum Beispiel beim Museum und auf der Goetheanumstrasse bei den Mündungen von „In den Zielbäumen“. Gegen diese Massnahme regt sich Widerstand. In den Zielbäumen ist ein Kindergarten, und die Kinder müssen entweder bei der oberen oder der unteren Einmündung über die Goetheanumstrasse. Im Gemeinderat wird ein Antrag auf diese beiden Streifen noch einmal zurück zu kommen abgelehnt, weil der Kanton sie nicht bewilligt.

Der Kanton bewilligt nur Streifen, die den Normen

der Schweizerischen Vereinigung der Strassen- und Verkehrsfachleute entsprechen. Kriterien sind: 100m Sichtweite auf den Streifen und ein Verkehrsaufkommen von mindestens 300 Fahrzeugen pro Stunde in der Spitzenzeit. Beides trifft auf die Fussgängerstreifen auf der Goetheanumstrasse nicht zu.

Die Goetheanumstrasse ist also zu unübersichtlich für einen Fussgängerstreifen. Deshalb ist es gefährlich einen Streifen zu markieren: die Kinder wiegen sich dann in falscher Sicherheit, sagt eine Mehrheit des Gemeinderates. Wenn sie die Strasse überqueren wollen, sind sie aufmerksamer ohne Streifen. Die Strasse ist ausserdem so wenig befahren (weniger als 300 Fahrzeuge in der Spitzenstunde), dass sich genügend Lücken finden, die die Kinder nutzen können, um die Strasse zu überqueren, sagt der Leiter Verkehrsmassnahmen in Solothurn. Nicht den Normen entsprechende Fussgängerstreifen seien für die Gemeinde problematisch: Bei einem Unfall auf dem Streifen, könnte sie haftpflichtig werden.

Wie verbindlich sind die Normen der Verkehrsfachleute? Ist es eine Vorschrift, oder eine Empfehlung? Kann die Gemeinde wirklich haftbar gemacht werden, wenn ein Autofahrer seine Geschwindigkeit nicht angepasst hat und vor einem Fussgängerstreifen nicht rechtzeitig anhalten kann? Die Fragen sind gestellt, die schriftliche Antwort vom Kanton steht allerdings noch aus.

Ist es so, dann wird mit diesen Normen das Vortrittsrecht der Fussgänger systematisch ausgehöhlt. Die Verantwortung für die Sicherheit beim Überqueren der Strasse wird ausschliesslich den schwächsten Verkehrsteilnehmern aufgebürdet, die Autos haben freie Fahrt. Die Gemeinde kann sich in Zynismus üben: überquert ein Kind die Goetheanumstrasse auf einem nicht-konformen Fussgängerstreifen und wird überfahren, so muss die Gemeinde eventuell zahlen. Überquert das Kind sie ohne Fussgängerstreifen und wird überfahren, ist es selber schuld.

Post Scriptum: Der Gemeinderat hat beschlossen auf der Goetheanumstrasse Fahrbahnmarkierungen anzubringen „Achtung Schulkinder“, wenn der Kanton keine Einwände hat.

SCHULKOMMISSION (SK)



Schulkommission: 9 Mitglieder
FWD-Vertreter: Helen Blatter, Kurt Häusermann, Edwin Kaufmann, Silvia Streit

H. Blatter, K. Häusermann, E. Kaufmann, S. Streit

Qualität sichern – Nochmalige Zunahme der Anzahl Kindergärtler und Kindergärtlerinnen für das Schuljahr 2004/05.

Die Klassengrössen an den Dornacher Kindergärten

bewegen sich im jetzigen Schuljahr bereits an der oberen Grenze. Mit einer erneuten Zunahme der Kinderzahlen müssen ernsthafte Fragen betreffend Qualitätssicherung gestellt werden. Zugegeben, die vom Kanton vorgegebenen Klassengrössen werden noch nicht überschritten. Sie sind jedoch für eine Agglomerationsgemeinde auch zu hoch. Als Mitverantwortliche, die nicht ausschliesslich den unendlichen Sparauftrag im Blickfeld haben, beschäftigen uns folgende Fragen:

Kann der Bildungsauftrag bei so grossen Klassen eingehalten werden?

Wie steht es mit der Integration fremdsprachiger Kinder?

Kann die Förderung benachteiligter oder besonders begabter Jungen und Mädchen noch wahrgenommen werden?

Um die Qualität an den Kindergärten zu sichern, müsste die Gemeinde die nötigen finanziellen Mittel bereitstellen. Nur so kann die Wirksamkeit des Unterrichts gesichert werden.

GEDANKEN AM RANDE DER SCHULKOMMISSION



Edwin Kaufmann

Schule ist ein allgegenwärtiges Thema. Das ist gut, denn die Schule soll lebendig bleiben. Deshalb muss sie sich verändern. Doch die seelische Entwicklung des Kindes soll ungestört verlaufen können. Doch aufpassen: Nicht alle neuen Trends sind von Gutem!

Die Schulkommission beschäftigt sich nicht vorrangig mit pädagogischen Fragen. Doch bei gewissen Themen ist es unumgänglich. Wir haben z.B. auch Gesuche um frühere Einschulung zu behandeln. Da hören wir vor allem auf die Kindergärtnerin, die in der Schulkommission

die Kindergärten vertritt. Da nun in unseren Mitteilungen noch Platz frei war, möchte ich dazu einige Gedanken anbringen, die in der Kommission zu weit gehen würden.

In vielen Kantonen war es früher gar nicht möglich, Kinder vor der reglementierten Altersgrenze einzuschulen. Doch heute wird die Verantwortung auch in dieser Frage mehr und mehr an die Eltern delegiert. Das ist ein positiver Trend, der ganz in unsere Zeit passt. Sind aber die Eltern auch genügend vorbereitet, um einen solchen Entscheid in voller Verantwortung für ihr Kind fällen zu können? Wenn sie sich dabei von Erfahrungen aus ihrer eigenen Schulzeit leiten lassen oder von dem, was manche Politiker und Medienleute zu diesem Problem ausführen, sind sie nicht immer gut beraten.

Unsere Zeit ändert schnell. Die Anforderungen an die Kinder wachsen ständig. Man sieht das auch an den Schulreformen, die, nachdem sie alle Hürden durchlaufen haben, bereits in vielen Punkten schon überholt sind. Was in einer Generation richtig war, kann schon in der nächsten fragwürdig sein.

Was aber bleibt und nicht den schnellen Wechseln des heutigen Lebens unterworfen ist, sind die seelischen Entwicklungsphasen der Kindheit. Es gibt auch

da Variationen z. B. zwischen einzelnen Völkern, und auch die verschiedenen Kulturen spielen eine Rolle. Aber im Wesentlichen gilt für alle Menschen, dass sie in den etwa ersten sieben Lebensjahren eine mehr innerliche Entwicklung durchlaufen, in welcher Kräfte gesammelt werden für das weitere Leben. Auch die Entwicklung der Organe z. B. des Gehirns und der Sinnesorgane macht in dieser Zeit wichtige Schritte, die später nicht nachgeholt werden können.

Verstand, Wissen und Kritik sind dem Kind aber noch weitgehend fremd. Phantasie, Bewegung, Unternehmungslust, Entdeckungsfreude usw. sind seine Elemente. Es will seine Umwelt und die Mitmenschen intensiv kennenlernen. Seine eigene Welt ist ihm wichtiger als die der Erwachsenen. Sie ist auch sehr anders! Das können wir immer wieder erleben. Lassen wir uns auf dieses Anderssein der Kinder ein, so können wir auch viel entdecken. Als Eltern lernen wir dann auch, uns zurückzunehmen und nicht etwas vom Kinde zu wollen, was gar nicht in ihm liegt. Eine frühere Einschulung kann bewirken, dass das Kind aus seiner Welt, in der es noch sein Glück im Spielen findet, brutal herausgerissen wird. Die Gefahr ist gross, dass dies später, vor allem in der Pubertätszeit zu inneren Problemen führt, die wir dem Kinde besser ersparen wollen.

Der Lernwille tritt um das siebte Lebensjahr herum

ganz deutlich hervor. Dann ist es Zeit für die Schule. Jetzt will das Kind von selber, von seinem Inneren heraus lernen und will in die Schule. Diese verlangt auch etwas von ihm und es will ernst genommen werden. Am Anfang und auch später geht es in der Schule nicht nur darum, Wissen anzusammeln, sondern auch Fähigkeiten zu erwerben, vor allem auch soziale Fähigkeiten wie gegenseitiges Achten und Verstehen, sich gegenüber dem Mitmenschen öffnen aber auch im rechten Augenblick sich abgrenzen können. Solche Fähigkeiten sind heute bald wichtiger als alles theoretische Schulwissen.

Da sind aber Kinder, die vor dem Schulalter eingeschult werden, absolut überfordert! Sie stehen oft etwas abseits ihrer Klassengemeinschaft. Enorm schwierig wird es für diese Kinder dann in der Pubertätszeit. Manches kann zwar leicht überspielt werden. Aber die Psyche lässt sich nicht täuschen; sie wird enttäuscht. Es fehlt ihr oft etwas, was mit vielen auch käuflichen "Ersatz-Mitteln" nicht befriedigt werden kann. Und wer fragt eigentlich später danach, wann und wie lange ein Mensch zur Schule gegangen ist? Es bringt überhaupt keine Vorteile, nur Nachteile.

Dieser Artikel richtet sich mehr an junge Eltern mit vorschulpflichtigen Kindern. Er soll diese zum Nachdenken anregen und zu einem bewussteren Umgang mit solchen Fragen animieren. Geben Sie ihn doch auch weiter!

FRIEDHOFKOMMISSION



Friedhofskommission: 5 Mitglieder
 FWD-Vertreter: Cäsar Herzog, Hanspeter Riesen (Aktuar)
 Mitglieder der Friedhofskommission:
 Frau A. Hartmann, Herren: C. Herzog, P. Holzherr, H.P. Riesen, E. Zbinden

Cäsar Herzog, Hanspeter Riesen

Der Betrieb der im März 2002 eingeweihten neuen Abdankungshalle ist zum Alltag geworden.

Noch nicht alle Mängel sind durch Garantiearbeiten zufriedenstellend behoben. Mit laufenden Massnahmen muss die Friedhofanlage mindestens erhalten oder verbessert werden.

Die Zeit ist weitergelaufen. Der Betrieb der im März 2002 eingeweihten neuen Abdankungshalle ist zum Alltag geworden. Das bei der Planung gesetzte Ziel, mit nach neuesten Erkenntnissen gestalteten, einfachen Abläufen bei der Aufbahrung und Bestattung konnte erreicht werden. Der laufende Betrieb hat sich gut eingespielt.

Um die Friedhofanlage mindestens zu erhalten oder zu verbessern stehen Entscheide für weitere grössere Unterhaltsarbeiten, notwendige Änderungen und Anpassungen in der Kommission zur Behandlung an. Ein kleiner Auszug mit wichtigen Themen:

- Gemeinschaftsgrab für nicht in Dornach Wohnhafte,
- Grabräumungen,
- mobile Lautsprecheranlage,
- Bewässerungsanlage,

- Beheben von einsinkenden Grabsteinen,
- Brunnenversiegelung um den Kalkstein besser reinigen zu können.

Andere Fragestellungen sind noch offen und liegen zum Teil bei der Gemeindeverwaltung, sie müssen durch unsere Kommission wieder aktiviert werden.

Einer dieser offenen Punkte ist die Schlussabrechnung der Abdankungshalle. Nach den uns vorliegenden Zahlen sind die Gesamtkosten unter den gesetzten Limiten. Noch nicht alle Mängel sind durch Garantearbeiten zufriedenstellend behoben. Es muss abgeklärt werden, wer die Kosten für die Behebung tragen wird. Die Abklärungen der Zuständigkeiten zwischen Bauherr,

Architekt, Auftragnehmer und Versicherungen machen die Erledigung von Garantearbeiten schwerfällig. Die Behebung von Mängeln ist damit für alle Beteiligten schleppend, und die Schlussabrechnung kann noch nicht erstellt werden. Ursachen für das Auftreten der Mängel können bei ungenügender Berücksichtigung von Qualitäts- und Verantwortungskriterien in der Submissionsphase, dem Kostendruck auf die Subunternehmer, ungenügendem Ausführen von Arbeiten und Weterinflüssen gesucht werden. Gedanken über die Ursachen machen wir uns. Wichtig ist aber, wie am Anfang erwähnt, die Ziele sind erreicht worden, die Wege zu den Zielen müssen aber verbessert werden.

STIFTUNGSRAT ALTERS- UND PFLEGEHEIM WOLLMATT

6 Mitglieder
FWD-Vertreter: Hans Hasler (Präsident), Ursula Hofer-Wiesinger

Hans Hasler, Präsident Heimkommission

Im Alters- und Pflegeheim Wollmatt konnten die Stellen Heimleitung, Leitung der Verwaltung und Pflegedienstleitung neu besetzt werden.

Nach den bewegten Ereignissen des letzten Jahres ist die Arbeit in der Wollmatt in ein ruhigeres Fahrwasser gekommen. Nachdem bereits im November die bisherige Pflegeleiterin, Frau Anita Filippi, die Nachfolge der

Heimleitung nicht nur ad interim, sondern mit der vollen Kompetenz, die sie sich durch die Heimleiterausbildung erworben hat, übernehmen konnte, war es im März möglich, auch die Leitung der beiden Teilbereiche neu zu besetzen. Frau Ursula Schönbächler aus Dornach übernahm die Leitung der Verwaltung. Sie bringt jahrelange Erfahrung in der Verwaltung von Altersheimen mit. Und Frau Andrea Grünschlager von Blarer aus Aesch, bereits früher in anderen Heimen in gleicher Funktion tätig, übernahm die Pflegedienstleitung.

UMWELTKOMMISSION



5 Mitglieder
FWD-Vertreter: Patricia Enzmann (Präsidentin), Werner Rudin

Werner Rudin

Ein zentrales Thema war wiederum die Sicherung der Laichwanderung von Amphibien. Der Bring- und Hol-

tag war ein Erfolg. Die Aescher beneiden uns um unsere Sammelstelle im Ramstel.

Wie Sie sicher alle wissen, existiert seit dem 3. Mai vergangenen Jahres eine „Kompostecke“ im Ramstel. Sie wird von März bis Oktober jeden ersten Samstag im Monat von unserem Kompostberater, Martin Dettli, betreut. Es gibt dort unter anderem sehr günstige Kompostdeckel, Steinmehl und Vlies zu kaufen. Nach anfänglichen Schwierigkeiten sollten jetzt auch regelmässig Kompost und Häckselmaterial zur Verfügung stehen.

Durch die regelmässige Präsenz während verschiedener Samstage auf dem Ramstel konnten wir auch dazu beitragen, dass es weniger unsachgemässe Entsorgungen gibt. Trotzdem gibt es hier und da immer noch Probleme mit Hauskehricht, welcher in geschlossenen Säcken im Sperrgut entsorgt wird. Leider werden auch immer noch Pet-Flaschen auf dem Ramstel ent-

sorgt, welche eigentlich bei den Sammelstellen der Verkaufsstellen abgegeben werden können. Am ärgerlichsten sind jedoch die illegalen Abfalldepots vor den verschlossenen Toren des Ramstels.

Ein zentrales Thema war in diesem Frühjahr wiederum die Sicherung der Laichwanderung von Amphibien in den Gebieten Apfelsee und Oberdornach. Nachdem wir letztes Jahr Warntafeln besorgen und aufstellen lassen konnten wurden in diesem Jahr zusätzlich über 60 Strassendolen gesichert. Ich danke den Werkhofmitarbeitern, welche diese zusätzlichen Arbeiten erledigt haben.

Nach anfänglichen Schwierigkeiten bei der Planung des Bring- und Holtages wurde dieser dann im vergangenen August doch zu einem Erfolg. Ein reges Bringen und Holen fand auf dem Pausenplatz des Schulhauses Bruggweg statt, so dass am Ende sehr wenig entsorgt werden musste. Durch diesen Erfolg beflügelt, können wir im August wiederum einen Bring- und Holaktion durchführen.

Die Umweltkommission erhielt vom Gemeinderat den Auftrag ein Pflichtenheft für die Erstellung eines Naturkonzeptes auszuarbeiten. Anschliessend wird der Gemeinderat über die Umsetzung und Finanzierung der Planung beraten. Das Naturkonzept soll unter Beizug der verschiedensten Fachkräfte erarbeitet werden und stellt eine interessante und anspruchsvolle Aufgabe und Herausforderung dar.

Die Umweltkommission konnte im vergangenen Jahr ebenfalls ihre Anregungen und Vorschläge zuhanden der Detailplanung der Nepomuk-Überbauung einreichen.

Auf Anregung eines unserer Mitglieder traf sich die Umweltkommission mit derjenigen der Gemeinde Aesch zu einem Erfahrungsaustausch. Sehr schnell wurde klar, dass die Aescher uns um die Sammelstelle Ramstel beneiden. In Aesch ist Littering vor allem bei der Tramschlaufe und den grossen Einkaufszentren ein Problem. Es werden viele Abfälle wie auch in Dornach achtlos liegen gelassen oder auf den Boden geworfen. Getreu nach dem Motto „die anderen räumen dann schon auf“. Ich beobachte diese Wegwerfmentalität auch schon seit längerer Zeit um den Dornacher Bahnhofplatz. Der Austausch mit den Aeschern war rege und interessant, so dass wir beschlossen haben, das nächste Treffen in Dornach abzuhalten.

Am 7. Mai 2004 organisierte die Umweltkommission einen Vortrag zum Thema naturnahe Gärten gestalten – verändern. Als Fachreferentin trat Frau R. Eicherberger auf. Es war auch für Nichtgärtner wie mich interessant zu hören und zu sehen, wie naturnahe Gärten aussehen können. Leider war die Besucherzahl noch bescheiden, was uns jedoch nicht davon abhalten wird, zu diesem vielseitigen Thema wieder einmal einen Vortrag zu organisieren.

SPEZIALKOMMISSION FUSSWEGE



5 Mitglieder
FWD-Vertreter: Felix Heiber (Aktuar)

Felix Heiber

**„Beharrlichkeit wird – hoffentlich – zum Ziel führen“
oder „Die Entdeckung der Langsamkeit“**

Die Natur zeigt uns mit ihren vielen Beispielen immer wieder, dass durch Langsamkeit und Beharrlichkeit fast Unmögliches möglich wird. Wie sonst wäre es zu erklä-

ren, dass „weiche“ Pilze, Löwenzahn und andere Pflanzen durch dicken, harten Teerbelag wachsen können. Mit dieser Beharrlichkeit, nicht unbedingt mit der gleichen Langsamkeit, werden auch wir von der Kommission Fusswege hartnäckig am Ball bleiben müssen, damit unsere Anliegen und Anträge dereinst auch tatsächlich verwirklicht werden.

Wie ich bereits in den Infoblättern Nr. 1/2002, Nr. 2/2002 und Nr. 1/2003 und Nr. 2/2003 berichtet habe, wurde die Kommission Fusswege am 13. November 2001 gebildet.

Seit Erscheinen des Infoblattes Nr. 2/2003 hat die Kommission nicht mehr getagt, weil in der Zwischenzeit keine weiteren, von der Kommission beantragten Bauarbeiten abgeschlossen wurden.

Auf einem Besichtigungsspaziergang am Muttertag 2004 habe ich allerdings mit Genugtuung feststellen können, dass die Arbeiten am Schulweg Unterführung Gwänd fast beendet sind. Es fehlen nur noch die letzten paar Meter des definitiven Sicherheitszaunes

entlang der Böschung. Offensichtlich sind die Arbeiten für dieses Wegstück wirklich aufwändiger gewesen als wir angenommen hatten. Es ist anzunehmen oder zu hoffen, dass der Teerbelag auf dem letzten Teilstück vor der Einmündung des Fussweges in die Weidenstrasse noch gegen die Gefahr des Abrutschens gesichert und dann ausgebessert wird.

Das Projekt einer Fusswegverbindung zwischen dem Oberen und dem Unteren Zielweg ist in der Zwischenzeit durch den Neubau eines Hauses in genau diesem Abschnitt unmöglich geworden.

Leider war es der Kommission nicht mehr möglich, vor Redaktionsschluss nochmals zu tagen, deshalb werden auch Sie, geschätzte Leserin und geschätzter Leser, sich – wie wir von der Kommission – in Geduld üben müssen, um zu erfahren, welche Projekte als nächste ausgeführt werden.

Der Zeitplan, den wir im ersten Jahr unserer Kom-

missionstätigkeit aufgestellt haben, hat mittlerweile eine arge Verspätung erlitten. Ein Teil unserer Arbeit wird wahrscheinlich darin bestehen, dafür zu sorgen, dass das Motto: „Aufgeschoben ist nicht aufgehoben“ seine Gültigkeit behält.

Ich persönlich befürchte, dass ohne unsere Hartnäckigkeit einige der geplanten oder beantragten Projekte versanden bzw. in einer der legendären Amtsschubladen verschwinden könnten, was wir unter allen Umständen verhindern wollen.

Deshalb werden auch die Anträge der Priorität 2, deren Erledigung eigentlich auf Ende des Jahres 2002 geplant waren, weiter aufmerksam verfolgt, damit sie nicht das „Amtsschubladen-Schicksal“ erleiden müssen.

Wir bleiben jedenfalls weiterhin aufmerksam an unserer Arbeit und freuen uns an jedem realisierten Anliegen.

RECHNUNG 2003 DER EINWOHNERGEMEINDE DORNACH



Hans Hasler

Zum wiederholten Male schliesst die Gemeinderrechnung um Millionen besser ab als budgetiert. Jetzt müssen die Steuern gesenkt werden.

Wenn Sie, liebe Leser, dieses Info-Blatt in die Hand bekommen, steht die Gemeindeversammlung, in der die Rechnung 2003 genehmigt wird, kurz bevor oder ist vor wenigen Tagen über die Bühne gegangen. Haben Sie realisiert, wie gut es der Gemeinde Dornach geht? Man muss fast sagen: wie unverschämt gut es ihr geht!

Natürlich ist das Ergebnis, das schön verpackt ist, nicht auf Anhieb sichtbar. Da muss man genauer auf die Zahlen schauen. Zunächst einmal kann man ja da-

von ausgehen, dass bereits die Budgetierung ein gutes, gesundes Rechnungsergebnis angestrebt hat, so wie ein guter Hausverwalter eben seine Sache gut macht. Das tatsächliche Ergebnis will ich somit nur mit dem Budget vergleichen, für das man bereits sagen konnte: der Gemeinde Dornach geht es gut, sogar sehr gut.

Nun ist aber das Ergebnis noch weitere 4.77 Mio. Franken besser als das bereits gute Budget. Ja, Sie haben richtig gelesen: 4'770'117.79 Franken besser, d.h. rund Fr. 800.-- pro Dornacher Einwohner – wohlbeachtet: nicht pro Steuerzahler, sondern pro Einwohner.

Das setzt sich folgendermassen zusammen:

- Das Aufwandüberschuss ist rund Fr. 15'000 geringer als budgetiert.
- Es wurden 3.103 Mio. Franken mehr abgeschrieben als budgetiert. Im Moment gibt es nichts mehr abzuschreiben. Man kann allerdings weitere Überschüsse immer noch durch vorausschauende Rückstellungen gut verpacken.
- Die beiden bisher erwähnten Beträge sind durch Steuergelder zustande gekommen.
- Der weitere Betrag von Fr. 1.65 Mio. kommt aus Gebühren zusammen – das hat zwar einen anderen Hintergrund, bedeutet aber doch, dass durch die hohen Gebühren die Abschreibungen und Rücklagen in den Spezialfinanzierungen – Wasser, Abwasser, Gemeinschaftsantenne, Abfallbeseitigung

– um diesen Betrag höher ausgefallen sind als budgetiert.

Zusammen ergibt dies die erwähnten 4.77 Mio. Franken.

Seit Jahren – und darauf habe ich immer wieder in den Budget- und Rechnungssitzungen aufmerksam gemacht – erzielt Dornach bei weitem bessere Ergebnisse als budgetiert. Es ging dabei jährlich um Millionenbeträge. Und immer findet man gute Argumente, um zu

begründen, warum man nicht höher budgetieren kann, warum mehr Geld eingetroffen ist. Irgendwann beginnt aber dann doch das Problem der Glaubwürdigkeit. – Eines ist jedenfalls sicher: die Bodenpreise in Dornach werden steigen. Warum? Weil die Steuern spätestens mit dem nächsten Budget gesenkt werden können und sich somit die Attraktivität von Dornach auf die Bodenpreise auswirkt.

GRUNDSÄTZE DER FWD

Ganz zu Beginn der Freien Wähler, also im Jahr 1985, stellten wir Grundsätze auf, nach denen wir handelten. Im Verlaufe von 19 Jahren hat sich viel verändert, und so war es auch an der Zeit, unsere Grundsätze neu zu fassen, wobei die Leitgedanken von damals nicht über Bord geworfen wurden.

Anlässlich der Wählerversammlung am 4. Dezember 2003 wurden die folgenden Grundsätze besprochen und beschlossen:

- Die Freien Wähler Dornach sind eine politische Gruppierung, die für alle Einwohnerinnen und Einwohner offen ist.
- Die Freien Wähler sind aus der Überzeugung gegründet worden, dass politisches Tun auch ausserhalb der traditionellen Parteien möglich und notwendig ist.
- Die Freien Wähler ermöglichen allen Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern politisches Handeln, die sich nicht parteipolitisch binden wollen.
- Die Freien Wähler betreiben ausschliesslich Kommunalpolitik.
- Die Grundlage für die praktische Arbeit der Freien Wähler sind die realen Bedürfnisse der Einwohnerinnen und Einwohner von Dornach.
- Die Freien Wähler stehen ein für Transparenz in der Politik sowie für offene und sachliche Information.
- Die Freien Wähler fordern das konsequente Umsetzen von Beschlüssen ein.
- Die Freien Wähler setzen sich dafür ein, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner die ihnen in der Gemeinde und im Staat zustehenden Rechte wahrnehmen können.
- Die Mitglieder sowie die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger vertreten ihre eigene, persönliche Meinung.
- Die Freien Wähler pflegen die sachliche, in gegenseitigem Respekt und in Toleranz geführte Diskussion. Angestrebt wird ein echter, aus Einsicht entstandener Konsens.

IMPRESSUM 1/2004**Infoblatt der Freien Wähler Dornach**

Das Infoblatt ist das zwei Mal jährlich erscheinende Informationsblatt der Freien Wähler Dornach. Es wird von diesen selber an alle Haushaltungen verteilt. Fragen und Anregungen zum Infoblatt und zur Politik der Freien Wähler Dornach nimmt gerne unsere Redaktion entgegen.

Das Infoblatt 2/2004 erscheint im November 2004.

Redaktion Hans Hasler, Ursula Hofer-Wiesinger, Hans Reinacher
Adresse Freie Wähler Dornach, Redaktion Infoblatt,
Postfach, 4143 Dornach 2
oder info@fwd-dornach.ch
Internet www.fwd-dornach.ch
Fotos Felix Heiber
Satz/Druck Kooperative Dürnu